Nr. 302. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Freitag, 1. Juli 1898.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Behandlung jugendlicher Uebelthäter.

Die bekannte Howard Association, welche im letzten Menschenalter für Reformen auf dem Gebiete des Straf- und Gefängnißwesens in außerordentlich erfolgreicher Weise thätig gewesen ist, hat Anfangs dieses Jahres eine Enquete über die Frage der zweckmäßigsten Behandlung jugendlicher Uebelthäter veranstaltet. Zu diesem Zwecke hat sie an alle englischen Autoritäten auf dem Gebiete eine Anfrage über den Erfolg der bestehenden Einrichtungen und über die vorzuschlagenden Reformen gerichtet. Es sind zahlreiche Antworten eingegangen, welche in einem soeben erschienenen Berichte der Gesellschaft zur Veröffentlichung gebracht werden. Da die Frage auch für Deutschland von großer Wichtigkeit ist, und zwar umsomehr, als die in Aussicht gestellte Reform unseres Strafgesetzbuchs voraussichtlich gerade bei der Behandlung der Jugendlichen einsetzen wird, so theilt der auf diesem Gebiete in Deutschland sehr thätige Landgerichtsrath Dr. Aschrott in der „Deutschen Juristen-Ztg." kurz die wesentlichen Ergebnisse der Enquete mit. Die Hauptpunkte, in denen alle Gutachten übereinstimmen, sind folgende:

1. Es wird gebilligt, daß, insbesondere seit dem Jahre 1880, auf Gefängnißstrafe bei Jugendlichen immer seltener erkannt wird; die Anwendung der Gefängnißstrafe empfehle sich bei Jugendlichen nur in den schwersten Deliktsfällen.

2. Geldstrafe könne bei Jugendlichen nicht als ein geeignetes Strafmittel angesehen werden; in zahlreichen Fällen verwandle sich die erkannte Geldstrafe in Folge ihrer Uneinbringlichkeit in Gefängnißstrafe, die man doch bei Jugendlichen möglichst zu vermeiden suche. Da aber häufig die strafbaren Handlungen der Jugendlichen auf ein Verschulden der Eltern, insbesondere auf mangelhafte Beaufsichtigung, zurückzuführen seien, so empfehle sich für diejenigen Fälle, wo ein solches Verschulden festzustellen sei, eine direkte Strafbestimmung gegen die Eltern, und zwar sei auf Geldstrafe und Friedensbürgschaft zu erkennen.

3. Es sei zu wünschen, daß noch mehr als bisher bei allen leichteren Deliktfällen die bedingte Verurtheilung zur Anwendung gelange; dabei sei jedoch diese Maßregel dadurch wirksamer zu gestalten, daß zur Beaufsichtigung der bedingt Verurtheilten nach amerikanischem Muster besondere Beamte bestellt würden.

4. Die Ueberweisung an eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt habe zwar viele gute Erfolge aufzuweisen, allein es sei nicht zu verkennen, daß in letzter Zeit von dieser Maßregel ein zu weit gehender Gebrauch gemacht worden sei. Es seien dadurch manche Mißstände in den Anstalten hervorgerufen worden; die Anstalten seien häufig zu groß geworden, um jedem Insassen die erforderliche individuelle Behandlung angedeihen zu lassen, und um in ausreichender Weise die besseren Elemente vor der Gefahr der Ansteckung durch die schlechteren zu bewahren; am besten hätten sich dabei noch die training-ships bewährt, wo Knaben seemännisch ausgebildet werden, und es sei eine Vermehrung derselben zu empfehlen. Vor Allem aber hätte die zu häufige Anwendung der Ueberweisung bedauerlicherweise dazu geführt, vielfach in den Eltern das Gefühl der Verantwortlichkeit für ihre Kinder abzuschwächen. Es empfehle sich deshalb, die Ueberweisung auf solche Fälle zu beschränken, wo bereits eine Vorbestrafung vorliege und sich also eine andere Strafmaßregel als unwirksam erwiesen habe.

5. Dagegen sei von der Anwendung der Prügelstrafe ein größerer Gebrauch als bisher zu machen. Dieses „short and sharp punishment" sei die wirksamste und humanste Maßregel in allen denjenigen Deliktsfällen, die einerseits nicht so leichter Art seien, um die bedingte Verurtheilung gerechtfertigt erscheinen zu lassen, anderseits aber auch nicht so schwerer Art, um auf Gefängnißstrafe zu erkennen. Es empfehle sich deshalb eine Aenderung der Gesetzgebung dahin, daß bei allen Delikten Jugendlicher — unter Hinaufrückung der diesbezüglichen Altersgrenze auf 16 Jahre, einzelne Gutachter schlagen vor: auf 18 Jahre — auf Prügelstrafe erkannt werden könne. Die Prügelstrafe sei, soweit möglich, in Gegenwart der Eltern zu vollstrecken, sie solle aber — ebenso wie die bedingte Verurtheilung — nicht in das Strafregister eingetragen werden.

Endlich wird in dem Gutachten vorgeschlagen, für die Aburtheilung Jugendlicher ein besonders geregeltes Strafverfahren vor besonderen Gerichten einzuführen.

Aus der französischen Kammer.

In der Deputirtenkammer zu Paris ging es gestern sehr lebhaft zu. Ministerpräsident Brisson verliest unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses die Erklärung über die Politik des Kabinets. Diese gedenkt zunächst des Kammervotums, das bedeutet habe, die Kammer wolle den Zusammenschluß der Republikaner lediglich, damit diese die Republik regieren. Das Kabinet wolle dieses Votum zur Ausführung bringen. Indem das Kabinet seine Bestrebungen fest eingrenze, wünsche es, daß das Parlament sich hauptsächlich mit zwei Grundformen beschäftige: Erstens mit der Steuerreform. Das Kabinet werde die Abschaffung der Personal- und Mobiliar-, sowie der Thür- und Fenstersteuer vorschlagen und deren Ersetzung durch eine Einkommensteuer, die sich richtet nach den äußerlich erkennbaren Anzeichen des Vermögens, wobei eine Belästigung und inquisitorische Ausforschung ausgeschlossen sein solle. Diese Steuer werde degressiv sein, um die kleinen Steuerzahler zu entlasten. Die zweite Reform werde die Frage der Pensionirung der städtischen und ländlichen Arbeiter betreffen. Unabhängig von diesen beiden Hauptreformen werde die Regierung Gesetzentwürfe betreffend die Erbschaftssteuer, die Reform der Getränkesteuer und die Schaffung von Landwirthschaftskammern vorschlagen. Die Regierung werde ihr ökonomisches System, dessen Stabilität für Industrie und Handel unerläßlich sei, loyal zur Anwendung bringen. Die Regierung werde ferner Mittel in Erwägung ziehen, um die Auswüchse der Spekulation, welche der Industrie, dem Ackerbau und dem Handel schädlich sind, zu beschränken. „Entsprechend den von Ihren Vorgängern überkommenen Ueberlieferungen," fährt die Erklärung fort, „wollen auch Sie die Vertheidigungsmittel des Landes auf den Gipfelpunkt der Vollkommenheit bringen! Keine Opfer sind zu groß, wenn das Land weiß, daß alle Mittel, welche den Verwaltungen des Krieges und der Marine gewährt werden, auch wirklich zur Vermehrung der Macht unserer Flotte und unseres Heeres, dieser beiden Lieblingskinder unseres Vaterlandes, dienen. Die Regierung wird Sie ersuchen, baldigst über die Frage der Kolonialarmee zu beschließen, um die Vertheidigung unserer Kolonien sicherzustellen. Zudem muß die Auswanderung intelligenter und kapitalkräftiger Leute nach den Kolonien gefördert werden. Treu festhaltend an einer Allianz, die populär und durch die Zeit bereits geheiligt ist, wird unsere auswärtige Politik von dem nationalen Geiste durchdrungen bleiben, in dem dieser große Akt geschlossen wurde. Die auswärtige Politik der Regierung wird den Patriotismus, die Moral und die materiellen Interessen Frankreichs mit gleicher Wachsamkeit schirmen. Ebenso werden wir das Land für jenes große Rendezvous des Friedens, die Weltausstellung, vorbereiten." Die Regierung sichert jeder Meinung gleiche Achtung zu, sie verpflichtet sich, einer jeden gleiche Freiheit und gleiche Gerechtigkeit zu gewähren, und sie erkennt den Nutzen der Opposition an. „Wir sind nur der Ansicht," fährt die Erklärung fort, „daß es unsere Pflicht sein wird, den Gegnern eines von der Nation gewollten Regimes und denjenigen, die es angenommen haben, um seine Grundgesetze besser bekämpfen zu können, keinerlei Einfluß auf die Regierung der Republik einzuräumen. Wir werden uns nachdrücklich gegen jeden Versuch vertheidigen, der einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Laien-Gesellschaft und der Suprematie der bürgerlichen Gewalten bedeutet. Wir werden von allen Zweigen der Verwaltung fordern, daß sie sich diesen Prinzipien streng anschließen." Die Erklärung schließt mit einem Appell an alle Republikaner, die Aufgabe des Kabinets zu erleichtern. (Beifalls links. An mehreren Stellen wurde Brisson durch Zwischenrufe der Rechten und des Zentrums unterbrochen.) Die Interpellation Castellin betreffend die Dreyfus-Angelegenheit wird bis nächsten Donnerstag zurückgestellt. Krantz (Progressist) interpellirt über die Politik des Kabinets und sagt, Meline würde auch die Erklärung des Ministeriums unterzeichnen können. (Unterbrechungen auf der Linken.) Krantz fragt, was die Radikalen aus ihrem Programm gemacht hätten und weshalb sie auf die Gesamteinkommensteuer und auf die Revision der Verfassung verzichteten? (Lärm.) Krantz fügt hinzu, die von der Regierung vorgeschlagene Steuerreform sei sehr annehmbar, befürchtet jedoch, die Regierung sei eine Regierung des Kampfes. (Beifall im Zentrum, Widerspruch auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Brisson erwidert, die Regierung sei auf Grund eines Votums der Kammer gebildet worden, und die Kammer werde sich darüber äußern, ob sie ihr Votum wiederholen wolle. Brisson verlangt von der Kammer Vertrauen und sagt, die Regierung werde den Gegnern der Republik keinerlei Einfluß einräumen. Er finde es jedoch befremdlich, daß man ihm den Vorwurf gemacht habe, dem Programm der Progressionisten einen Schritt entgegengekommen zu sein. Brisson schließt damit, er verwerfe eine Politik, welche die Gegner der Republik unterstütze. (Beifall auf der Linken.) Deroulede erklärt, er werde die Regierung unterstützen, weil der Kriegsminister Cavaignac sich über die Dreyfus-Angelegenheit klar ausgesprochen habe. Cavaignac erwidert, seine Kollegen seien ebenso entschlossen wie er, den großen nationalen Interessen Achtung zu verschaffen. (Beifall.) Ribot wirft Deroulede vor, daß er die Debatten zu einer Angelegenheit einzelner Personen herabwürdige. (Zwischenrufe.) Ribot fährt fort, die Regierung habe das progressistische Programm angenommen; es gebe jedoch auch eine Möglichkeit, außerhalb eines Programms zu regieren; aber es sei unmöglich zu gestatten, daß die Regierung sich auf die Sozialisten stütze (Beifall). Viviani (Soz.) greift die Politik des letzten Ministeriums an und billigt es, daß Brisson die republikanischen Ueberlieferungen wieder aufgenommen habe. Brisson erklärt, er erkenne die Lehrsätze der Sozialisten nicht an. Beauregard (Progressist) ergreift inmitten großen Lärmes das Wort. Er tadelt die Radikalen, weil sie ihre Fahne versteckten. Darauf wird die Berathung geschlossen. Eine Tagesordnung Dujardin-Beaumetz, welche die Erklärungen der Regierung billigt, wird mit 316 gegen 230 Stimmen angenommen. (Langanhaltender Beifall auf der Linken.) Lasserre verlangt, daß der Tagesordnung die Worte hinzugefügt werden: „Um eine Politik anzuwenden, welche die progressive Gesamteinkommensteuer ausschließt." Brisson verwirft den Zusatz, der darauf mit 314 gegen 251 Stimmen abgelehnt wird. (Lauter Beifall.) Sodann wird die Sitzung aufgehoben.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Nach dem ersten Schrecken über die Landung Shafters bei Santiago stellt sich jetzt bei den Spaniern wieder ein Rückfall in den fröhlichen Optimismus ein, dem sie sich bezüglich des Krieges auf Kuba bis vor einer Woche fast ununterbrochen hingegeben hatten. Zu seiner Nährung tragen unkontrollirbare Meldungen wie die von dem Untergang des amerikanischen Kriegsschiffes „Brooklyn" und dem Tode des Kommodore Schley, aber auch halbamtliche Drahtberichte von der Art des folgenden bei:

„Eine amerikanische Kolonne ging am 28. Juni unter dem Schutz des Feuers dreier Panzerschiffe über Aguadores die Eisenbahnlinie entlang bis Siboney vor, zog sich aber dann, nachdem sie mehrere Flintenschüsse mit den spanischen Vorposten gewechselt hatte, sofort zurück. Seit drei Tagen suchen die Amerikaner an verschiedenen Punkten Artillerie zu landen; ihre Fahrzeuge scheiterten aber, und es gelingt ihnen nur mit großer Mühe, die Kanonen zu retten."

Die Wendung, daß die amerikanischen Fahrzeuge „scheitern", ist wohl nicht ganz wörtlich zu nehmen, richtig dürfte allerdings sein, daß die Ausschiffung der Belagerungsgeschütze sich sehr schwierig gestaltet hat und nur sehr langsam von Statten ging. Nun aber scheinen sie glücklich an Land gebracht zu sein, denn aus Juragua wird unterm 30. Juni gemeldet: General Shafter hat gestern beschlossen, sein Hauptquartier an Land zu verlegen, und wird bereits heute sein Zelt beziehen. Die Belagerungsartillerie ist nach der Vorpostenlinie abgegangen. Das Hauptquartier Lawtons befindet sich fünf Meilen östlich von Santiago. Die Spanier haben am Mittwoch El Caney, ganz in der Nähe von Santiago, geräumt.

Nach einer Meldung aus Port Said hat die egyptische Regierung die Lieferung von Kohlen für das spanische Geschwader verboten, mit Ausnahme einer Quantität, die es dem Geschwader ermöglicht, die spanische Küste wieder zu erreichen. Die spanischen Schiffe dürfen indessen Kohlen aus ihren eigenen Kohlenschiffen übernehmen. Diese Kohlenübernahme hat bereits begonnen, nachdem die „Isla de Luzon" mit einer Ladung Kohlen für das Geschwader hier eingetroffen ist. Das Geschwader wird noch die Ankunft zweier anderer Kohlenschiffe abwarten, bevor es die Fahrt durch den Kanal antritt. Die spanischen Torpedoboote werden bis auf weiteres hier bleiben.

In Madrid fand gestern unter dem Vorsitz der Königin-Regentin ein Ministerrath statt, der sich ausschließlich mit dem Kriege beschäftigte. — Eine Drahtung des Gouverneurs von Puerto-Rico besagt, es sei sehr schwer, die Ladung des Postdampfers „Antonio Lopez" zu bergen, weil ein amerikanischer Kreuzer unaufhörlich auf das Schiff schieße, das noch immer festsitze. — Die spanische Regierung drahtete an die drei Marschälle in Manila, San Juan und Havanna und ersuchte sie um ihre Meinung bezüglich des Friedens. Die beiden ersten haben noch nicht geantwortet, Blanco ist durchaus gegen den Frieden. Er sagt, unter den jetzigen Umständen könnte ein Friedensangebot Spaniens für das Land nur entehrend sein.

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** stiftete, wie aus Kiel gemeldet wird, für eine Kommodorekasse, aus der Hinterbliebene verunglückter Yachtmatrosen unterstützt werden sollen, 10 000 Mark. Am Montag früh wird der Kaiser von Kiel aus seine Nordlandreise antreten. Nach der Abreise des Kaisers begiebt sich die Kaiserin wieder nach Grünholz, um dort bis zum 10. Juli zu verweilen. Während dieser Zeit werden die jüngeren kaiserlichen Kinder in Kiel bleiben und im dortigen königlichen Schlosse wohnen. Voraussichtlich am 10. Juli erfolgt die Abreise nach Wilhelmshöhe. — Die Reise des **Staatssekretärs v. Podbielski** nach Oesterreich-Ungarn hängt nach der „Mil. u. Pol. Korr." mit dem Bestreben zusammen, den Reichspostdienst nach Möglichkeit zu vereinfachen und zu verbilligen. Hand in Hand damit geht der Wunsch, den erwerbsfähigen Frauen ein Feld der Thätigkeit in höherem Maße zu erschließen, als dies bisher der Fall war. In Oesterreich sind im Postdienst weit mehr Frauen und Mädchen angestellt als bei uns. — In **Halle** wird gegenwärtig die Feier des **200jährigen Bestehens des halleschen Waisenhauses**, der Schöpfung A. H. Franckes, dieser in ihrer Art einzig in der ganzen Welt dastehenden und weltbekannten Anstalt begangen. Bei dem gestrigen Festakt im großen Saale der Stiftungen, welchem Kultusminister Dr. Bosse, Oberpräsident Staatsminister Dr. von Böttticher, Rektor und Senat der Universität sowie Vertreter der städtischen Behörden und Andere beiwohnten, hatte Dir. Fries die Festrede übernommen, darauf hielt Minister Dr. Bosse eine Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß die ganze evangelische Welt dies bedeutsame Fest mitfeiere, und verkündete im Namen des Kaisers, daß den Stiftungen die Marmorbüsten Kaiser Wilhelm's I. und Kaiser Wilhelm's II. verliehen worden seien. Im Namen der Universität überreichte der Rektor, Professor Volhard, eine tabula gratulatoria; die theologische Fakultät der Universität Halle ernannte Direktor Fries zum Ehren-Doktor, hierauf folgten Ansprachen im Namen der Behörden der Stadt Halle, des Großherzogs von Sachsen-Weimar, der evangelischen Geistlichkeit von Halle, der Brüdergemeinde Herrnhut und Anderen. Die Kaiserin sandte ein Glückwunschtelegramm. Ehemalige Schüler und die Stadt Halle stifteten Kapitalien zur Gründung neuer Waisen-Freistellen. Eine große Zahl früherer Schüler ist zur Feier eingetroffen. — Der Stadt Soldin ist zur Annahme der Zuwendungen der Rentner Barkowsky'schen Eheleute zur Errichtung einer wohlthätigen Stiftung für arme Kinder unter der Bezeichnung **„Marie Barkowsky-Stift"** von zusammen 48 000 Mark die landesherrliche Genehmigung ertheilt worden.

Deutschland.

Berlin, 1. Juli. Der Vortrag, zu dem sich der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe nach Kiel zum Kaiser begeben hatte, betraf äußerem Vernehmen nach den Ausfall der Reichstagswahlen und die für die nächste Tagung des Reichstags vorzubereitenden Fragen, so weit dieselben im Staatsministerium bereits zu einer prinzipiellen Besprechung gelangt sind.

— Nicht uninteressant ist die Thatsache, daß seit Bestehen des deutschen Reichstags die Zahl der adligen Mitglieder bei jeder Wahl sich verringert hat. Im Jahre 1871 hatte der Reichstag 160 adlige Mitglieder, 1881 147, 1890 126, 1893 102 und 1898 sind nur noch 88 Adlige gewählt worden, darunter 6 Fürstlichkeiten. Keinen adligen Namen weisen nur die freisinnige Vereinigung, die freisinnige Volkspartei und die süddeutsche Volkspartei auf. Die Sozialdemokraten haben zwei adlige Mitglieder: v. Vollmar und v. Elm. Die Welfen sind sämtlich adlig. Von den Polen sind $^{5}/_{7}$, von den Konservativen mehr als $^{2}/_{3}$, von den Nationalliberalen ist $^{1}/_{8}$ und vom Zentrum $^{1}/_{10}$ adlig.

— Der Ober-Werftdirektor in Danzig hatte unter dem 10. und 21. zwei Tagesbefehle an die Werftarbeiter hinsichtlich der Wahl, bezw. Stichwahl erlassen, in denen es heißt: „Ich vertraue Eurer vernünftigen Ueberlegung, daß Euer Standpunkt nur auf Seiten der Reichsregierung sein kann, und daß Ihr nichts gemein habt mit jenen vaterlandslosen Gesellen, den Anhängern der internationalen Sozialdemokratie. Noch vor wenigen Tagen weilte der Kaiser in Eurer Mitte und hat Euren Leistungen seine Allerhöchste Anerkennung zu Theil werden lassen. Mit derselben patriotischen Gesinnung, mit der Ihr ihm Euer jubelndes Hurrah als Abschiedsgruß zugerufen habt, mögt Ihr auch an die Wahlurne treten und als deutsche Arbeiter treu und fest zu Kaiser und Reich stehen. Also: „Keinem Reichsfeind Eure Stimme." Wer noch einen Funken von Liebe für sein deutsches Vaterland hat, wer in Treue zu Kaiser und Reich steht, der trete mannhaft am 24. d. M. an die Wahlurne und gebe seine Stimme dem staatserhaltenden Kandidaten Danzigs, dem treuen Bürger dieser Stadt. Berechtigte Forderungen und Wünsche der Arbeiter wird die Regierung mit solchen Männern von Ueberzeugung und patriotischer Gesinnung berathen und zum Wohle der Arbeiter und des gesamten deutschen Vaterlandes berücksichtigen." — Wegen dieser Tagesbefehle soll die Wahl Rickerts angefochten werden.

— Im Reichsjustizamt ist die Frage der Gestaltung der zukünftigen Thätigkeit des Reichsgerichts nach den Beschlüssen des Reichstags zu der Zivilprozeßordnungs-Novelle fortgesetzt ein Gegenstand ernster Sorge. So sehr die Geschäfte des Reichsgerichts nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches und der zugehörigen Justizgesetze eine starke Steigerung erfahren werden, so schwierig ist es, Mittel und Wege zu finden, der Ueberbürdung des Reichsgerichts Einhalt zu thun, nachdem der Reichstag es abgelehnt hat, den verbündeten Regierungen auf dem von diesen vorgeschlagenen Wege einer Erhöhung der Revisionssumme zu folgen. Sicherm Vernehmen nach sind sämtliche Vorschläge, die im Reichstage, in der juristischen Fachpresse und sonstwo mit Bezug auf diese Frage zum Vorschein gekommen sind, an zuständiger Stelle einer wiederholten eingehenden Prüfung unterzogen worden. Wenn auch von bestimmten Beschlüssen dabei kaum gesprochen werden kann, so läßt sich doch sagen, daß von allen Vorschlägen, welche außerhalb der Erhöhung der Revisionssumme gemacht worden sind, kein einziger Aussicht auf Annahme seitens der verbündeten Regierungen hat. Es gilt das in erster Linie von dem schon in der Reichstagskommission abgelehnten und jüngst von der „Deutschen Juristen-Zeitung" wieder aufgenommenen Vorschlag, die Plenarentscheidungen dadurch einfacher zu gestalten, daß das Plenum nur die Mitglieder der beiden widersprechenden Senate vollzählig und von allen andern Senaten nur je zwei Mitglieder umfaßt. Diesem Vorschlage gegenüber kann nach wie vor der Gesichtspunkt als maßgebend betrachtet werden, daß es als unmöglich erscheint, die nicht vollzählig betheiligten Senate an Entscheidungen zu binden, bei denen sie nur in so untergeordnetem Maße haben mitwirken können. Auch der Vorschlag einer stärkern Vermehrung des Personalbestandes des Reichsgerichts kann nicht auf Verwirklichung rechnen, da man das Risiko einer weiteren Lockerung in dem Verbande des Reichsgerichts nicht übernehmen zu können glaubt. Die bestimmten Erklärungen abweisender Natur, welche der Staatssekretär des Reichsjustizamts im Reichstage allen dahingehenden Vorschlägen entgegengestellt hat, tragen zwar zum Theil einen mehr persönlichen Charakter, doch ist es als sicher zu betrachten, daß die verbündeten Regierungen seine Anschauungen durchaus theilen und im Interesse einer gesunden Rechtsprechung zu handeln glauben, wenn sie ihre Stellungnahme danach einrichten.

Rußland.

Petersburg, 30. Juni. Der Zar richtete eine vertrauliche Mittheilung an den Kaiser von Oesterreich, worin er die Depesche des Großfürsten Konstantin zur Palacky-Feier entschieden desavouirt.

Kommunale Umsatzsteuern.

Betreffs der Einführung besonderer kommunaler Gewerbesteuern erhalten wir folgende Mittheilungen:

Zur Frage der Umsatzsteuer in Preußen läßt sich das dem Finanzminister von Miquel nahestehende Blatt, die „Neuen Pol. Nachrichten", recht klar und deutlich vernehmen, indem es als Ergebniß der bekannten Konferenz im Finanzministerium die Ueberzeugung der preußischen Finanzverwaltung hervorhebt, „daß auf dem Wege der steuerlichen Entlastung der mittleren und kleineren Gewerbetreibenden und einer stärkeren Belastung der Großbetriebe, durch die Kommunen, mit Entschiedenheit vorgegangen werden müsse". Und weiter führt das Blatt informirend aus: „Wenn nun in der Verwaltung einzelner großen Städte inzwischen die Neigung hervorgetreten ist, es bei einer bezüglichen Reform lediglich bei einer etwas stärkeren prozentualen Belastung des Reineinkommens der Großbetriebe bewenden zu lassen, so dürfte ein derartiges Vorgehen nicht den Ansichten und Absichten des Finanzministeriums entsprechen. Man dürfte hier vielmehr der Meinung sein, daß die Kommunen, wenn sie ernstlich gewillt sind, den mittleren und kleineren Betrieben in deren Kampfe um die Existenz wirksame Unterstützung angedeihen zu lassen, dazu übergehen müssen, von der durch das Kommunalabgabengesetz gegebenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, zur gewerblichen Besteuerungsgrundlage auch Betriebskapital, Waarenumsatz 2c. zu nehmen."

Man darf ruhig annehmen, daß hier positiv die Meinung des Herrn von Miquel ausgesprochen worden ist, hinter dessen Autorität wir außerdem das Einverständniß der Gesamtregierung vermuthen dürfen.

Wie Berliner Blätter berichten, hatte am Montag voriger Woche der Vorsitzende des Hausbesitzervereins „Süden" in Berlin, Herr Hermann Schulz, eine Audienz beim Finanzminister von Miquel wegen Einführung einer progressiven Umsatzsteuer für Großbazare, Waarenhäuser, Konsumvereine 2c., kurz, solcher Geschäftsbetriebe, die den Kleinhandel im Großen betreiben. Auf die Ausführungen des Herrn Schulz über die Schädlichkeit der Bazare 2c. erwiderte der Finanzminister, daß ihm und der königlichen Staatsregierung die Erhaltung des Mittelstandes sehr am Herzen liege, und daß zu diesem Zwecke alle erforderlichen Schritte in ernste Erwägung gezogen würden. Es fänden deshalb hinsichtlich dieser Frage zwischen den Ministerien der Finanzen, des Inneren und des Handels bereits eingehende Verhandlungen statt, die indessen noch nicht zum Abschluß gelangt seien. Doch deutete der Minister an, daß sich wahrscheinlich auf der Grundlage des Umsatzes in Zukunft die steuerliche Heranziehung der großen Waarenhäuser bewegen werde. Im Anschluß daran hatte Herr Schulz noch eine sehr eingehende Besprechung dieser Frage mit dem Generaldirektor, Excellenz Burghart, dem Vater des bekannten Wortes von der „Erdrosselungssteuer". Auf eine Umfrage, die der Vorsitzende des Hausbesitzervereins „Süden" bei denjenigen Hausbesitzern und Gewerbetreibenden angestellt hat, die in der Nähe von Großbazaren Läden besitzen, oder gemiethet haben, um so den Schaden, der den Kleingewerbetreibenden und Hausbesitzern durch jene Bazare erwächst, zu ermitteln, ist bereits eine große Anzahl von Antworten eingegangen, die alle sehr bedenkliche Thatsachen mittheilen. So schreiben Geschäftsleute aus der Brunnenstraße, daß ihre Einnahmen durch die in der dortigen Gegend befindlichen Großbazare ganz bedeutend zurückgegangen seien, und sie, falls die Geschäftskonjunktur sich nicht bald wieder bessere, den jetzigen Miethszins nicht mehr zahlen könnten. Und Hausbesitzer der dortigen Gegend schreiben, daß sie Läden, für die sie früher 3000 und 2400 Mark erhielten, jetzt mit kaum 2300 und 1800 Mark vermiethen müßten. Aehnliche Klagen sind von Geschäftsleuten und Hausbesitzern in der Oranienstraße eingegangen. Sehr bemerkenswerth ist noch, was auf eine Anfrage über ihre Stellung zu der Sache die Städte Hamburg und Dresden sowie das sächsische Ministerium geantwortet haben. Der Hamburger Senat schreibt, daß er die Frage eingehend berathen habe, und daß auch bereits ein Bürgerausschuß eingesetzt sei, mit der Aufgabe, Erhebungen anzustellen und ein Regulativ zu einer Umsatzsteuer für Waarenhäuser auszuarbeiten. Der Rath zu Dresden theilt mit, daß zwar eine Umsatzsteuer noch nicht eingeführt sei, daß jedoch schon die Aufstellung eines bezüglichen Ortsstatuts in Aussicht genommen, und die Vorarbeiten im Gange seien. Das sächsische Ministerium des Innern jedoch lehnt es ab, sich zu der Angelegenheit einer Umsatzsteuer für Waarenhäuser zu äußern, weil es nicht die zuständige Behörde sei, vielmehr es den Ortsbehörden überlassen müsse, Maßregeln zu treffen. — Dem diesjährigen Verbandstage der Hausbesitzervereine Deutschlands soll das ganze bis dahin gesammelte Material vorgelegt werden, um als Grundlage für weitere Schritte der Hausbesitzer zu dienen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die von der „Kolonialwaaren-Zeitung" am 29. September 1896 zu allererst gegebene Anregung zur Einführung einer kommunalen Umsatzsteuer auch in Peußen ihrer Verwirklichung entgegen geht.

Arbeiterbewegung.

In **Leipzig** haben die Bäckergesellen den Meistern folgende Forderungen zur Unterschrift vorgelegt: 1. Fortfall von Wohnung und Beköstigung für die Gesellen. 2. Als Entschädigung hierfür ist ein Lohnsatz von wöchentlich 13, 21, 24 Mark zu zahlen. 3. Beginn und Ende der Arbeitszeit bleibt unter Einhaltung der zwölfstündigen Arbeitszeit inklusive einer Stunde Eßpause bestehen. Ueberstunden sind mit 50 Pf. zu bezahlen. 4. Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird vom ersten Feiertag früh 8 Uhr bis zum zweiten Abends 10 Uhr nicht gearbeitet. 5. Strenge Einhaltung der Sonntagspause. 6. Bezug der Arbeitskräfte nur vom Arbeitsnachweis der Bäcker. Die Meister beschlossen die Ablehnung der Gesellenforderungen. In einer weiteren Versammlung der Gesellen wurde der Antrag gestellt, falls sich eine $^{3}/_{4}$-Majorität dafür finde, sofort in den Ausstand einzutreten; allein nur 264 Stimmen erhoben sich dafür, während 170 gegen die Arbeitsniederlegung votirten. Damit ist die „Vertagung" eingetreten. — In **Kassel** ist der Ausstand der Dachdecker beendet, die Meister haben mit Ausnahme von einem die Forderungen der Arbeiter bewilligt. — Aus **Kolberg** wird gemeldet, daß bei dem Bau der Bahnstrecke Kolberg-Köslin 50 Arbeiter unter Führung eines Schachtmeisters die Arbeit niedergelegt haben, indem sie einen Tageslohn von 3,50 Mark verlangten. Eindruck auf die Arbeiten dürfte der Ausstand kaum haben, da noch genügend andere Arbeiter vorhanden sind.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 1. Juli. Die Firma R. Graßmann blickt mit dem heutigen Tage auf ein 50jähriges Bestehen zurück; aus diesem Anlaß wurde der Chef derselben am Morgen durch ein Ständchen der Pionier-Kapelle überrascht und zahlreiche Glückwünsche und Depeschen von Nah und Fern gingen ein, das Geschäfts- und Fabrikpersonal überreichte ein wohlgelungenes Gruppenbild, von den Photographen Gerhard und Schmeling angefertigt. Eine offizielle Feier findet erst am Montag statt.

— Ein Massenumzug hat heute in den Häusern Elisabethstraße 44 und 45 stattgefunden, dieselben gehörten bisher der Gemeinnützigen Baugesellschaft und sind neuerdings in anderen Besitz übergegangen. Die neue Besitzerin hat die gegenwärtig starke Nachfrage nach kleinen Wohnungen benutzt und bei sämtlichen Miethern Miethserhöhungen eintreten lassen und zwar bis über 15 Mark monatlich. Die Folge davon war, daß heute fast alle Miether auszogen, freilich rührt dies die steigerungslustige Hausbesitzerin wenig, denn sie hat zu den von ihr festgesetzten Miethspreisen andere Miether gefunden.

— Mit dem 1. Juli beginnt in den Ostseebädern die eigentliche Saison und dies zeigte sich heute an dem Verkehr am Bollwerk, der Schnellzug von Berlin brachte bereits eine große Zahl von Badegästen und dieselbe vermehrte sich durch die von hier Hinzukommenden, so daß die nach den Ostseebädern fahrenden Dampfer sehr gut besetzt wurden. Der Hauptandrang wird allerdings erst morgen und in den nächsten Tagen nach Beginn der Schulferien stattfinden. Für Besucher der Ostseebäder können wir übrigens zur Beruhigung mittheilen, daß überall noch Wohnungen nach Wahl zu haben sind, nur das kleine Osternothhafen bei Swinemünde ist bis zum letzten Kämmerchen vermiethet.

* Die Vorstellung der Wehrpflichtigen beim diesjährigen Ober-Ersatzgeschäft für die Stadt Stettin findet in den Tagen vom 13. bis 20. Juli im Engelhardt'schen Lokale, Gustav-Adolfstraße 11, statt. Näheres darüber wird eine in der Sonntagsnummer unseres Blattes erscheinende Bekanntmachung enthalten.

— Es ist vielfach die irrige Ansicht verbreitet, daß die **Geltungsdauer der Rückfahrkarten** anläßlich der Sommerferien in entsprechend gleicher Weise verlängert wird, wie zu den Oster-, Pfingst- und Weihnachtsferien. Dies ist keineswegs der Fall; die Rückfahrkarten behalten vielmehr während dieser Zeit ihre gewöhnliche Gültigkeit. Auch andere ermäßigte Schülerkarten werden aus dieser Veranlassung nicht ausgegeben.

* Als eine neue Erscheinung im Stettiner Straßenleben traten heute zum erstem Male die **Taxameter-Droschken** auf, dieselben machen einen recht schmucken Eindruck und obwohl die meisten nur mit einem Pferd bespannt sind, fahren sie durchweg in flottem Tempo. Die Kutscher der Taxameter tragen hier ebenso wie in Berlin zur leichteren Kenntlichmachung weiße Lackhüte.

* Während des Monats Juni gingen im hiesigen **Hafen** ein 491 Seeschiffe, 285 Küstenfahrzeuge und 1325 Kähne; 571 Fahrzeuge passirten den Hafen auf der Durchfahrt. Von den eingekommenen Schiffen waren 18 mit Getreide und 30 mit Kartoffeln befrachtet. Im Juni 1897 wurden gemeldet: 471 Seeschiffe, 318 Küstenfahrzeuge, 1371 Kähne und 546 auf der Durchfahrt begriffene Fahrzeuge.

* Während des Monats Juni gingen bei der Zentralstelle für Hülfsbedürftige und Arbeitsnachweis des Zentral-Verbandes der **Stettiner Vereins-Armenpflege** — Klosterhof 12 — 92 Gesuche bezw. Meldungen ein. Es wurden 16 Hülfesuchende mit Mittagessen und 45 mit Abendbrod, Nachtlager und Morgenbrod unterstützt; 1 Hülfesuchender wurde den Spezialvereinen und 3 den Innungen überwiesen, 2 Gesuche wurden als unbegründet zurückgewiesen. Arbeitergesuche gingen 18, Arbeitsgesuche 7 ein; in 20 Fällen konnte Arbeit nachgewiesen werden.

* Auf dem Neubau Heinrichstraße 35 ereignete sich heute Vormittag um 9 Uhr ein **Unglücksfall**, bei dem zahlreiche Arbeiter in ernste Gefahr geriethen. Unter einer Durchfahrt sollten über die mit Brettern abgedeckte Kellergrube schwere Eisenträger transportirt werden, als plötzlich der Holzbelag nachgab und alle Arbeiter in die Tiefe stürzten. Die meisten von den verunglückten Leuten, im Ganzen elf an der Zahl, kamen mit Abschürfungen und sonstigen kleinen Verletzungen davon, einer jedoch erlitt einen Beinbruch und mußte ins Krankenhaus überführt werden. Der Feuerwehr war zunächst telephonisch ein Hauseinsturz gemeldet worden, weshalb von der Wache zwei Fahrzeuge mit Rettungsmannschaften und Geräthen entsandt wurden, in Thätigkeit kamen jedoch nur die Samariter mit dem Krankenwagen. — Ein ähnlicher Unfall ereignete sich gestern Nachmittag auf dem Neubau Stoltingstraße 28, dort stürzte ein Maurer in den Keller hinab und brach mehrere Rippen. Auch dieser Verunglückte fand im Krankenhause Aufnahme.

— Einem Stettiner Herrn, der sich zum Kuraufenthalt in Swinemünde befindet, ist ein **schwerer Unfall** zugestoßen. Derselbe machte am Dienstag per Rad einen Ausflug von Swinemünde nach Misdroy, als derselbe am Abend die Rückfahrt antreten wollte, gerieth er mit seinem Rade in den Chausseegraben und fiel so unglücklich, daß er sich außer Beschädigungen an der Hand und im Gesicht einen schweren Beinbruch zuzog. Die erste Hülfe wurde dem Verunglückten in Misdroy zu Theil, gegenwärtig befindet sich derselbe hier in ärztlicher Behandlung.

— Recht lustig geht es fortgesetzt in **Marx' Konzertgarten** zu, seitdem das Altenburger Bauern-Ensemble „Excelsior" daselbst seine munteren Weisen ertönen läßt. Es ist ein überaus heiteres Ensemble; ob es sich nun in musikalischen, gesanglichen oder komischen Vorträgen hören läßt, des guten Erfolges kann es stets sicher sein. Besonderen Beifall finden die drastischen Zusammenspiele, welche den Schluß jeder Vorstellung bilden und in glücklichster Zusammenstellung Original-Ensembles bringen, welche stets erheiternd auf das Publikum wirken. Es sei noch bemerkt, daß das Gastspiel der „Altenburger" nur noch kurze Zeit anhält. An den Nachmittagen finden an den Wochentagen Kaffeekonzerte bei freiem Entree statt.

Aus den Provinzen.

☿ **Greifswald**, 30. Juni. Mit Rücksicht auf viele in letzter Zeit vorgekommene Unglücksfälle von Kindern erläßt die hiesige Polizei-Direktion eine Bekanntmachung, in welcher sie auf den § 53 der Straßenordnung hinweist, nach welchem „Eltern und Vormünder und alle, welchen sonst eine Aufsicht auf Kindern obliegt, besonders darüber zu wachen haben, daß Kinder nicht unvorsichtig auf Straßen und Plätzen umherlaufen und umherkriechen, auch sonst irgend etwas, was sie in Gefahr setzen kann, unternehmen".

W. **Stralsund**, 1. Juli. Ein ganz eigenartiger Nachklang zur Reichstagswahl macht sich in einem, in der heutigen Nummer der „Stralf. Ztg." veröffentlichten Inserat bemerkbar, welches von der Gemeinde Neuendorf-Plogshagen veröffentlicht wird. Es soll wohl eine Wahlrechtfertigung enthalten und hat folgenden Wortlaut: „Neuendorf a. H., den 27. Juni 1898. Da die an uns gemachten Anschuldigungen bezüglich des Ergebnisses der Reichstagswahl auf Hiddensee nach sozialdemokratischer Seite hin sich immer wiederholen, so fühlt sich die Gemeinde Neuendorf-Plogshagen veranlaßt, öffentlich zu erklären: Die 12 Stimmabgaben waren für Dr. Winckler, 7 mit diesem Namen bedruckte und 5 beschriebene Wahlzettel. Wir haben uns vollbewußt nicht veranlaßt gefunden, in das Lager der Sozialdemokraten zu treten, sondern arbeiten in Ruhe weiter für Staats- und Volkes Wohl. Schöffe A. Gau. Gemeindevorsteher H. Karsten."

= **Garz a. R.**, 30. Juni. Ueber das Vermögen des hiesigen Fleischermeisters Albert Fritz ist das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist bis zum 13. August bei dem Amtsgericht in Bergen a. R.

□ **Köslin**, 30. Juni. Einige Mitglieder des hiesigen Hausbesitzer-Vereins hatten an den Magistrat eine Petition gerichtet, in welcher sie den Antrag stellten, vom 1. Oktober ab den Neuanziehenden Steuerfreiheit für zwei Jahre zu bewilligen. Nur für den Fall, daß die Betreffenden innerhalb der zwei Jahre wieder fortziehen, sollen sie zur Entrichtung der Steuern verpflichtet sein. Der Magistrat hatte auch den Stadtverordneten eine dementsprechende Vorlage gemacht, welche in der letzten Sitzung zur Berathung kam. Mit Herrn Bürgermeister Sachse traten jedoch verschiedene Redner dem Antrage so entschieden entgegen, daß ein Stadtverordneter, der zu den Antragstellern gehörte, sich bewogen fühlte, den Antrag zurückzuziehen.

Stolp, 30. Juni. In einem Protest gegen die Wahl des hier gegen den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung gewählten konservativen Abgeordneten Will wird Folgendes angeführt: „Im 8. Wahlbezirk der Stadt Stolp, in welchem die Arbeiter der Westphal'schen Ziegeleiwerke wahlberechtigt sind, fand sich der Arbeitgeber Herr Konrad Westphal gegen 12 Uhr Mittags am Stichwahltage mit einem seiner Beamten ein. Herr W. nahm am Tische der Wahlkommission in unmittelbarer Nähe des Vorsitzenden Platz, um von hier aus seine wählenden Arbeiter beobachten zu können. Sein Beamter theilte vor dem Wahllokal zusammengefaltete Wahlzettel für den Konservativen Will aus, die die Ziegeleiarbeiter zur Wahlurne abgeben sollten. Nachdem mehrere Wähler gegen die Wahlbeeinflussungen protestirt hatten, entfernte sich der Herr Westphal, wobei er im Wahllokal erklärte, „daß keiner seiner Arbeiter vom 1. Oktober d. Js. ab das „Deutsche Reichsblatt" mehr lesen dürfe, wenn sie bei ihm während der Wintermonate Arbeit haben wollten".

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 1. Juli. Vor dem **Schwurgericht** hatten sich heute die Arbeiter August **Medrow** und Fritz **Kastner** aus Grabow, sowie der Arbeiter Alexander v. **Hattendorf** aus Petersburg wegen schweren Raubes zu verantworten. Die Angeklagten, von denen die beiden ersten im Anfang der zwanziger Jahre stehen, während der dritte bereits 47 Jahre zählt, sind alle drei vielfach vorbestraft, Medrow und Kastner namentlich wegen Gewaltthätigkeiten und Eigenthumsvergehen, Hattendorf in der Hauptsache wegen Vagabondirens und Bettelei. Im vorliegenden Falle hatten die Angeklagten es zweifellos darauf abgesehen, durch einen Gewaltstreich Geld zu erlangen und als Opfer wurde der Heizer Ernst Trost vom Hamburger Dampfer „Hispania" ausersehen. Der Schiffer kam am Abend des 13. Mai d. J. mit einigen Kameraden durch die Anlagen. In der Gegend des Logengartens wurde Trost von Medrow angesprochen, der sich für einen Schiffsarbeiter ausgab und beide gingen in die Beckmann'sche Gastwirthschaft, die sich in der Lindenstraße zu Grabow befindet. Dort bezahlte der Heizer einige Glas Bier und schenkte schließlich dem Medrow eine Mark, wobei Letzterer gesehen haben muß, daß sich in dem Portemonnaie des Trost mehrere Goldstücke befanden. Im Ganzen sollen ungefähr 120 Mark darin gewesen sein. Als Medrow und Trost die Schenke verließen, gesellten sich Kastner und Hattendorf zu ihnen. Trost wollte die Birkenallee zum Konkordia-Theater hinaufgehen, die Angeklagten überredeten ihn jedoch, mit nach den Anlagen zu kommen, wobei versichert wurde, daß jener Weg ebenfalls zu dem Vergnügungslokal führe. Unweit der Steinstraße nahm die Gesellschaft auf einer Bank Platz und zwar dergestalt, daß Trost zwischen Medrow und Hattendorf zu sitzen kam. Beide legten sodann dem Schiffer einen Arm um den Nacken und gleichzeitig fühlte Trost, daß ihm Jemand in die Hosentasche griff, worin sich das wohlgespickte Portemonnaie befand, er wollte aufspringen, doch die beiden andern hielten ihn fest und schließlich kam noch Kastner hinzu, um ihn niederzuhalten. Dann langten mehrere Hände nach dem Portemonnaie, und nachdem einer dasselbe erwischt hatte, erhielt der Beraubte einen kräftigen Stoß, sodaß er vornüber auf das Gesicht fiel. Die Räuber entliefen mit der Beute. Am nächsten Morgen erstattete Trost Anzeige und der Grabower Polizei gelang es auch bald, die Thäter zu ermitteln. Heute wollten die Angeklagten die Sache so darstellen, als hätte eine harmlose Wrangerei stattgefunden, bei welcher das Portemonnaie verloren gegangen wäre. Den Raub haben die Spitzbuben getheilt und das Geld sofort bis auf einen kleinen Rest verthan. Nach den durchaus schlüssigen Bekundungen des in jeder Hinsicht einwandsfreien Zeugen Trost konnte die Schuld der Angeklagten füglich nicht zweifelhaft sein, dieser Ueberzeugung gaben auch die Geschworenen durch ihr Verdikt Ausdruck, mildernde Umstände wurden nur bei **Hattendorf** angenommen und kam dieser in Folge dessen mit einer **Gefängnißstrafe** von 2½ Jahren davon. Gegen die Angeklagten **Medrow** und **Kastner** war auf **Zuchthausstrafe** zu erkennen und wurde dieselbe bei M. auf 5, bei K. auf 6 Jahre bemessen. Außerdem wurde auf Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Berlin, 1. Juli. Um den Werth oder Unwerth des „Volta-Kreuzes" handelte es sich in einem Prozesse, der gestern vor der 138. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Der Vertreiber des Volta-Kreuzes, der aus Dänemark stammende Kaufmann Erik Schiönning, war des Betruges beschuldigt. Er hatte das Volta-Kreuz im Anfange dieses Jahres in verschiedenen Blättern angepriesen. An einem seidenen Bande auf der bloßen Brust getragen, entwickele es im Körper des Trägers einen elektrischen Strom, welcher ein wirksames Heilmittel gegen eine Menge gefährlicher Krankheiten sei. (!) Das Polizeipräsidium nahm Veranlassung, vor dem Ankauf des Kreuzes zu warnen, da es keinerlei Heilkräfte in sich berge und einen Werth von zehn Pfennig habe, während der Verkäufer sich zwei Mark dafür zahlen lasse. Die Anklage ging von der Voraussetzung aus, daß Schiönning die Werthlosigkeit des von ihm angepriesenen Heilmittels recht gut kannte, demgemäß betrügerisch handelte. Der Beschuldigte verwahrte sich entschieden gegen diesen Vorwurf. Das „Volta-Kreuz", eine Erfindung des Professors Heskjaer in Kopenhagen, sei in verschiedenen Ländern geschützt und auf den hygienischen Ausstellungen ausgezeichnet worden. Auch in Deutschland sei das Waarenzeichen geschützt worden, und dies solle nach dem Gesetze nicht geschehen, wenn der betreffende Gegenstand unsinnigen oder unsittlichen Zwecken dienen solle. Es waren Be- und Entlastungszeugen aufgeboten worden. Das Gutachten des Kreisphysikus Dr. Störmer über das Volta-Kreuz lautete geradezu vernichtend. Es bestehe aus zwei übereinandergelegten kreuzförmigen Metallplatten, die eine von Kupfer, die andere von Zink. Dazwischen befinde sich ein Stückchen Wollenstoff. Das Kreuz werde vor dem Anlegen etwa 5 Minuten lang in lauwarmen Essig gelegt, und dadurch werde allerdings in dem Ringe, der mit beiden Metallplatten verbunden sei, ein elektrischer Strom erzeugt, aber ein so geringer, daß garnicht daran zu denken sei, daß der Strom die Widerstandsfähigkeit der Haut brechen und in den Körper übergehen könne. Das Kreuz habe nicht die geringste Wirkung, ebenso gut könne man ein Stück Leder auf der bloßen Brust tragen. Der zweite Sachverständige, Dr. med. Sperling, äußerte sich weniger ungünstig über den Werth des Kreuzes. Er hielt es nicht für ausgeschlossen, daß bei schwächlichen Personen eine Wirkung durch das Tragen des Kreuzes hervorgerufen werden könne; dies geschehe bisweilen schon durch die bloße Berührung des Körpers mit irgend einem Metall. Während der Staatsanwalt einen Betrug für vorliegend erachtete und gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 Mark beantragte, folgte der Gerichtshof den Ausführungen des Vertheidigers und sprach den Angeklagten frei, da nicht angenommen werden könne, daß er nicht an die Heilkraft des Volta-Kreuzes glaube.

— Gegen den früheren Oberfaktor Grünenthal war zum 28. Juni Verhandlungstermin anberaumt, wozu auch die Zeugen geladen waren. Auf Wunsch der Reichsbank ist der Termin jedoch bis zur ersten Schwurgerichtssitzung nach den Ferien vertagt worden. Daß Grünenthal öfter einen Griff in den Tresor, in welchem die makulirten Scheine lagen, gemacht hat, scheint unwahrscheinlich. Vor dem Jahre 1893 war es ihm nicht möglich, Scheine zu entwenden, da er zur damaligen Zeit nichts in den betreffenden Räumen zu thun hatte. Bei der Reichsbank laufen fast in jeder Woche noch einige Tausendmarkscheine Grünenthalschen Fabrikats ein und die Summe der falschen Scheine soll bereits 260 000 Mark betragen. Nach seinem Geständniß will G. jedoch nur 250 000 Mark entwendet haben. Da ihn nun die Thatsachen hart widerlegen, wird er sich wohl herbeilassen müssen, sein Geständniß zu vervollständigen. Die Polizei vermuthet, daß G. verschiedene Depots hat, die noch nicht entdeckt sind.

Vermischte Nachrichten.

Krakau, 30. Juni. Im Städtchen Jagielnica sind 400 Häuser, darunter die Kirche und Synagoge, gänzlich abgebrannt.

Luzern, 30. Juni. Gestern Nachmittag kippte während eines heftigen Sturmes ein von fünf englischen Touristen besetztes kleines Boot bei Meggen um. Zwei Personen, ein Herr und eine Dame, ertranken, die übrigen wurden gerettet.

Antwerpen, 30. Juni. Die Seebehörde meldet amtlich, daß der belgische Schooner „Baie de Naples" im Hafen von Numea von einer Schaar Haifische zum Sinken gebracht worden sei. Vierzehn Matrosen wurden ein Raub der Ungeheuer.

Monte Carlo, 27. Juni. Gestern begingen drei Deutsche, das Ehepaar Poppe aus Magdeburg und ein Herr Süßenguth, Selbstmord, nachdem sie ihr Hab und Gut an der Roulette verspielt hatten. Sie wohnten in Nizza und fuhren seit einigen Wochen Tag für Tag nach Monte Carlo. Wie es scheint, hatte der Herr Süßenguth eines der unglückseligen Systeme erfunden, die sich zu Hause bewähren, weil die Proberoulette irgend einen Fehler hat, die aber in Monte Carlo den Spieler unfehlbar ruiniren, weil in Monte Carlo die Roulettes Präzisionsmaschinen sind und bei ihnen keine Abweichung zu Gunsten einer Farbe oder einer Nummerngruppe vorkommt. Die drei ruinirten Spieler mietheten in Antibes ein Boot, fuhren aufs Meer hinaus und schossen sich dann gleichzeitig je eine Kugel in die Schläfe. Mehrere Schiffer ruderten eiligst nach dem Boote der Selbstmörder hin. Herr und Frau Poppe schwammen todt in ihrem Blute, Süßenguth athmete noch und wurde ins Hospital von Antibes verbracht. Sein Zustand ist hoffnungslos. — Nach anderen Meldungen werden die Vorgänge wie folgt dargestellt: Der 35jährige Wilhelm Poppe aus Magdeburg kam mit seiner Frau geb. Frey aus Augsburg in Begleitung ihres Verwandten Reinhold Süßenguth (einem 40jährigen Manne) vor vier Monaten an die Riviera, um „systematisch zu spielen"! Zuerst gewannen die Deutschen und verloren dann wie gewöhnlich Alles, so daß sie seit einer Woche ihre Hotelrechnung nicht zahlen konnten, doch erwarteten sie angeblich Geld aus Leipzig und Berlin. Am 23. Juni Morgens verließen sie das „Hotel Interlaken" in Nizza und fuhren nach Antibes. Sie verbrachten den ganzen Tag bis Mitternacht am Strande des Meeres und spazierten bis Cagnes und wieder zurück. Mittags und Nachmittags aßen und tranken sie reichlich und schrieben sechs bis acht Briefe, die sie Abends aufgaben. Nach Mitternacht gingen sie wieder ans Meer, und etwa 100 Meter vom alten Fort entfernt gingen die Unglücklichen zugleich ins Wasser, wobei Jeder einen Revolver abdrückte. Eine Woge riß das Ehepaar sofort ins Weite, während Süßenguths Revolver naß wurde und versagte. Einige in der Nähe am Strande schlummernde Fischer waren durch den Knall herbeigelockt worden und rissen zuerst den noch lebenden Süßenguth aus dem Wasser, dann das bereits todte Ehepaar Poppe. Hierauf wurde von Antibes Hülfe geholt, die Leichen in die Todtenkammer und der völlig gebrochene, von Fieberschauern durchrüttelte Süßenguth ins Spital verbracht. Als er sich gegen Morgen etwas erholt hatte, erzählte er den ganzen Vorfall und erwähnte auch, daß Frau Poppe Nachmittags so unschlüssig wurde, daß nur die Angst vor der Blamage wegen der schon abgesandten Abschiedsbriefe nach Deutschland sie wieder tapfer machte. In ihrem gemeinsamen Besitze wurden 19 Sous gefunden. Der deutsche Konsul Baron v. Redwitz ordnete alles Nöthige an, und so wurde das Ehepaar heute in Antibes begraben. Der Gerettete hat sich noch nicht ganz erholt; er war in Nizza als „Richard Schneider" gemeldet. Auffallend ist, daß man trotz eifrigen Suchens nur einen Revolver fand. (Nach einer anderen Meldung handle es sich in diesem Falle um die Inhaber der Spielwaaren-Exportfirma Poppe und Süßengut in Neustadt bei Koburg, die im vorigen Jahre mit Hinterlassung von 600 000 Mark Schulden verschwanden und seitdem steckbrieflich verfolgt wurden.)

Bankwesen.

Paris, 30. Juni. **Bankausweis.**
Baarvorrath in Gold Franks 1 876 990 000, Abnahme 3 925 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 238 215 000, Zunahme 773 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen 877 091 000, Zunahme 220 778 000.
Notenumlauf Franks 3 703 220 000, Zunahme 122 454 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 543 874 000, Zunahme 47 874 000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 287 833 000, Zunahme 45 160 000.
Gesamt-Vorschüsse Franks 396 006 000, Zunahme 9 406 000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 520 000 neue Rechnung.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 84,12 Prozent.

London, 30. Juni. **Bankausweis.**
Totalreserve Pfd. Sterl. 27 071 000, Abnahme 888 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 28 263 000, Zunahme 932 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 38 535 000, Zunahme 45 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 32 782 000, Abnahme 281 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 45 405 000, Zunahme 809 000.
Guthaben des Staats Pfd. Sterl. 10 080 000, Abnahme 1 975 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 24 695 000, Abnahme 763 000.
Regierungs-Sicherheit Pfd. Sterl. 13 497 000, Zunahme 21 000.
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 48¾ gegen 49¼ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 160 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 6 Millionen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 1. Juli. Wetter: Veränderlich. Temperatur + 17 Grad Reaumur. Barometer 766 Millimeter. Wind: SW.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 52,60 bez.

Berlin, 1. Juli. In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 53,50, loko 50er amtlich —,—.

London, 1. Juli. Wetter: Schön.

Berlin, 30. Juni. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	102,80
do. do. 3½%	102,80
do. do. 3%	96,50
Deutsche Reichsanl. 3%	95,80
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,10
do. do. 3%	90,75
do. Neuländ. Pfdbr 3½%	99,80
3% neuländ. Pfandbriefe	90,80
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100,40
do. 3%	91,10
Italienische Rente	92,90
do. 3% Eisenb.-Oblig.	59,40
Ungar. Goldrente	102,60
Rumän. 1881er am. Rente	100,40
Serbische 4% 95er Rente	60,00
Griech. 5% Goldr. v. 1890	37 00
Rum. amort. Rente 4%	93,75
Mexikan. 6% Goldrente	99 20
Oesterr. Banknoten	170,00
Russ. Banknoten Cassa	216,05
do. do. Ultimo	216,50
Gr. Russ. Zollcoupons	323,30
Französische Banknoten	80 00
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	92,75
do. (100) 4%	91 10
do. (100) 4%	88,50
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50
Stett. Vulc.-At. Littr. B.	224,25
Stett. Vulc.-Prioritäten	224,80
Stettiner Straßenbahn	190,00
Petersburg kurz	—,—
Warschau kurz	—,—

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Berliner Dampfmühlen	127,50
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	104,75
„Union", Fabrik chem Produkte	182,25
Barziner Papierfabrik	191,00
Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	178,00
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,25
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,75
Stett. Stadtanleihe 3½%	—,—

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	199 10
Berliner Handels-Gesellsch.	166,25
Oesterr. Credit	225,50
Dynamite Trust	172,60
Bochumer Gußstahlfabrik	222,60
Laurahütte	198,50
Harpener	180,75
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	192,40
Dortm. Union Littr. C.	99,80
Ostpreuß. Südbahn	95,30
Marienburg-Mlawkabahn	87 40
Norddeutscher Lloyd	110 40
Lombarden	33,70
Franzosen	158,00
Luxemb. Prince-Henribahn	109,10

Tendenz: Fest.

Paris, 30. Juni, Nachmittags. (Schlußkourse.) Fest.

	30.	29.
5% Franz. Rente	102,60	102 52
3% Ital. Rente	93,87	93,62
Portugiesen	18,40	18,50
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	—,—
4% Rumänier	94,25	94,00
4% Russen do 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	86,02	—,—
3½% Russ. Anl.	—,—	—,—
3% Russen (neue)	96,75	96,85
4% Serben	61,50	60,80
4% Spanier äußere Anleihe	34,00	34,00
Convert. Türken	22,37	22,32
Türkische Loose	109,50	109,50
4% türk. Pr.-Obligationen	464,00	465,00
Tabacs Ottom.	295,00	291,00
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
Meridional-Aktien	685,00	683,00
Oesterreichische Staatsbahn	779,00	780,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3647	—,—
B. de Paris	953,00	951,00
Banque ottomane	556,00	555,00
Credit Lyonnais	843,00	844,00
Debeers	692,00	691,00
Langl. Estat.	75,00	77,00
Rio Tinto-Aktien	658,00	655,00
Robinson-Aktien	212,00	210,50
Suezkanal-Aktien	3688	3685
Wechsel auf Amsterdam kurz	207,31	207,37
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,62	122 9/16
do. auf Italien	6,62	6,62
do. auf London kurz	25,22	25,23
Cheque auf London	25,24	25,25
do. auf Madrid kurz	272,00	271,00
do. auf Wien kurz	208,12	208,12
Huanchaca	57,00	58,25
Privatdiskont	—,—	1⅞

Köln, 30. Juni. Rüböl loko 55,50, per Oktober 53,00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 30. Juni, 6 Uhr Abends. **Zuckermarkt.** (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg per Juni 9,27½, per August 9,40, per Oktober-Dezember 9,37½. Ruhig.

Hamburg, 30. Juni, 6 Uhr Abends. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) **Kaffee** good average Santos per September 29,75, per März 30,75. Ruhig.

Bremen, 30. Juni. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes **Petroleum**. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 6,20 B. **Schmalz** ruhig. Wilcox 29½ Pf., Armour shield 29½ Pf., Cudahy 30¾ Pf., Choice Grocery 30¾ Pf., White label 30¾ Pf. **Speck** ruhig. Short clear middl. loko 30 Pf. **Reis** ruhig.

Pest, 30. Juni, Vorm. 11 Uhr. **Produktenmarkt.** Weizen loko fest, per Juni —,— G., —,— B., per Herbst 9,35 G., 9,37 B. Roggen per Herbst 6,92 G., 6,94 B. Hafer per Herbst 5,78 G., 5,79 B. Mais per Juni 5,25 G., 5,26 B., per Juli 5,25 G., 5,26 B. Kohlraps per August-September 12,35 G., 12,45 B. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 30. Juni. **Java-Kaffee** good ordinary 35,00.

Amsterdam, 30. Juni, Nachm. **Getreidemarkt.** Weizen auf Termine unv., per November 175,00. Roggen loko —, do. auf Termine fest, per Oktober 116,00. Rüböl loko —,—, per Herbst —,—.

Antwerpen, 30. Juni, Nachmittags 2 Uhr. **Petroleum.** (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 17,37 bez. u. B., per Juni 17,37 B., per Juli 17,50 B., per September 17,75 B. Fest. — **Schmalz** per Juni 73,50.

Antwerpen, 30. Juni. **Getreidemarkt.** Weizen behauptet. Roggen steigend. Hafer behauptet. Gerste behauptet.

Paris, 30. Juni, Nachm. **Rohzucker** (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 29,00 bis 29,25. **Weißer Zucker** behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Juni 30,37, per Juli 30,50, per Juli-August 30,62, per Oktober-Januar 30,75.

Paris, 30. Juni, Nachm. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Weizen beh., per Juni 25,00, per Juli 24,60, per Juli-August 24,30, per September-Dezember 21,85. Roggen beh., per Juni 19,00, per September-Dezember 13,10. Mehl fest, per Juni 55,25, per Juli 55,10, per Juli-August 54,00, per September-Dezember 47,75. Rüböl matt, per Juni 53,00, per Juli 53,00, per Juli-August 53,00, per September-Dezember 53,25. **Spiritus** fest, per Juni 49,75, per Juli 49,25, per Juli-August 49,25, per September-Dezember 43,50. — Wetter: Theilweise bewölkt.

Havre, 30. Juni, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) **Kaffee** good average Santos per Juli 36,00, per September 36,25, per Dezember 36,75. Ruhig.

London, 30. Juni. **Chili-Kupfer** 49 11/16, per drei Monate 50,00.

London, 30. Juni. 96proz. **Javazucker** 12,12, träge. **Rüben-Rohzucker** loko 9,25 Käufer träge. **Centrifugal** —,—.

London, 30. Juni. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

London, 30. Juni. **Kupfer.** Chilibars good ordinary brands 49 Lstr. 17 Sh. 6 d. **Zinn** (Straits) 70 Lstr. 3 Sh. 7 d. **Zink** 20 Lstr. — Sh. — d. **Blei** 13 Lstr. 7 Sh. 6 d. **Roheisen.** Mixed numbers warrants 46 Sh. — d.

Glasgow, 30. Juni, Nachm. **Roheisen.** (Schluß.) Mixed numbers warrants 45 Sh. 10½ d. Warrants middlesborough III. 40 Sh. ½ d.

Newyork, 30. Juni, Abends 6 Uhr.

	30.	29.
Baumwolle in Newyork	6 5/16	6,37
do. Lieferung per Juli	—,—	6,16
do. Lieferung per September	—,—	6,07
do. in Neworleans	5 15/16	5 15/16
Petroleum, raff. (in Cases)	6,90	6 90
Standard white in Newyork	6,25	6,25
do. in Philadelphia	6,20	6,20
Credit Balances at Oil City Febr.	92,00	92,00
Schmalz Western steam	5,65	5,70
do. Rohe und Brothers	5,85	5,95
Zucker Fair refining Moscovados	3,62	3,62
Weizen kaum stetig.		
Rother Winterweizen loko	86,50	85,50
per Juli	79,87	80,00
per September	73,12	73,25
per Dezember	73,50	73,75
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,25	6,25
per Juli	5 55	5,50
per September	5,70	5,65
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,50	3,45
Mais willig,		
per Juli	35 50	36,00
per September	36,62	37,12
per Dezember	37,50	38,00
Kupfer	11,62	11,62
Zinn	15,40	15,20
Getreidefracht nach Liverpool	2,00	2,00

Chicago, 30. Juni.

	30.	29.
Weizen kaum stetig, per Juli	73,00	73,25
per September	68,25	68,62
Mais willig, per Juli	31,25	32,00
Pork per Juli	9,45	9,47½
Speck short clear	5,75	5,75

Wollberichte.

London, 30. Juni. Wollauktion. Stimmung fest; Preise behauptet. Merinos und feine Kreuzzuchten 5 Prozent über den Preisen der letzten Auktion, andere Kreuzzuchten pari bis 5 Prozent billiger, Kapwolle ¼ bis ½ über den Preisen der letzten Auktion.

Bradford, 30. Juni. Wolle ruhig aber stetig, Mohairwolle fest. Garne sehr geschäftslos, ausgenommen Mohairgarne. Für Modestoffe guter Begehr, Rockstoffe ruhig.

Wasserstand.

* **Stettin**, 1. Juli. Im Revier 5,55 Meter = 17' 8".

Telegraphische Depeschen.

Wien, 1. Juli. Die neuerdings aus Amerika verbreitete Nachricht, daß Oesterreich-Ungarn im spanisch-amerikanischen Krieg sich des Neutralitätsbruches schuldig gemacht, und für die für Spanien gelieferten Waffen Zahlungsbürgschaft geleistet habe, wird in hiesigen maßgebenden Kreisen kategorisch als böswillige Erfindung bezeichnet.

Krakau, 1. Juli. Auf Grund des Ausnahmegesetzes verbot die Polizei das weitere Erscheinen von fünf hiesigen sozialistischen Blättern. Weitere fünf erhielten den Auftrag, die Vorlegung des Pflichtexemplars drei Stunden vor dem Erscheinen zu erfüllen. In ganz Galizien herrscht andauernd Ruhe; trotzdem ist an eine baldige Aufhebung des Standrechts nicht zu denken, da im Bezirk Limanova noch mehrere tausend Bauern sich in den Wäldern und Gebirgen versteckt halten.

Madrid, 1. Juli. Es verlautet, die Regierung habe ein wichtiges Telegramm über eine Schlacht bei Santiago erhalten, deren Ausgang für die Spanier günstig sei. Das Gerücht wurde indeß bis jetzt nicht bestätigt.

London, 1. Juli. „Daily Mail" meldet aus Washington: Man scheint in politischen Kreisen versichert zu sein, daß Deutschland sich bemühe, mit den Insurgenten in Manila einen Vertrag abzuschließen und Aguinaldo zu unterstützen, eine unabhängige Regierung zu bilden. Deutschland werde durch diese den Insurgenten geleisteten Dienste bedeutende Konzessionen erhalten; jedenfalls bereitet die Lage auf den Philippinen den Amerikanern große Besorgniß.

London, 1. Juli. Aus Washington wird gemeldet, daß in Amerika vier Insurgenten angekommen sind, welche derart erschöpft waren, daß sie bald nach ihrer Ankunft starben. Man schließt daraus, daß es den Insurgenten an Nahrung fehlt, und daß man sich bei einem Angriff auf Santiago nicht so sehr auf die Insurgenten verlassen kann.

London, 1. Juli. Nach Meldungen der „Newyork World" sind die Vertreter Oesterreich-Ungarns und Frankreichs in Washington bemüht, wegen der Friedensbedingungen zu sondiren. Die amerikanische Regierung habe aber abgelehnt, mit einer anderen Macht als mit Spanien zu verhandeln. — In Washington verlautet, die Philippinen-Expedition, die schon in Manila hätte sein sollen, habe unterwegs die Forts von Sanjuan, auf der Insel Guajan, bombardirt.

Newyork, 1. Juli. Die amerikanische Regierung hat in Kingston gegen die Verproviantirung spanischer Schiffe Protest erhoben.